Schwerpunktthema: Arbeit und Energie

Wirtschaft der Zukunft - Nur eine nachhaltige Wirtschaft ist eine starke Wirtschaft

Von Jahr zu Jahr nehmen das Tempo des Erderwärmung, der Verlust biologischer Vielfalt und die Übernutzung von Ressourcen stetig zu[2]. Dass der Klimawandel längst auch in der Region Hildesheim angekommen ist, haben spätestens der Sommer 2017 mit seinen verheerenden Überschwemmungen und die Hitze und extreme Trockenheit des Jahres 2018 gezeigt.

Die globale Erwärmung und das Artensterben stehen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten, weil unser Wirtschaftssystem einen übermäßigen Ressourcenverbrauch begünstigt.

Knappe Umwelt-Ressourcen haben keine Preise

Generell gilt bei allen Gütern der Marktmechanismus: der Preis für knappe Güter ist hoch, der Verbrauch teuer. Bei kritischen Umweltressourcen (CO_2-Emissionen, Artensterben) allerdings wird die Knappheit nicht durch einen hohen Preis signalisiert. Es entsteht der falsche Eindruck, die Natur als knappe Ressource sei im Übermaß vorhanden und könne unbegrenzt und kostenfrei genutzt werden. Da auf diese Weise der Naturverbrauch den Herstellern und Anbietern von Gütern und Dienstleistungen keine Kosten verursacht, gibt es für sie keinen Preisdruck, der sie veranlassen würde, ihren Verbrauch zu senken. Die Folgekosten für Umweltschäden werden dann von der Allgemeinheit getragen (sog. Externalisierung von Kosten).

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die tatsächlichen Kosten für Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch von deren Verursachern getragen werden und sich in höheren Kosten bzw. Produktpreisen für schädigendes Verhalten widerspiegeln.

Ein Beispiel:

*In der EU gibt es mit dem europäischen Emissionsrechtehandelssystem **ETS** eine Regelung dem Kohlendioxid-Ausstoß einen Preis zu geben. Alle in der EU ansässigen Stromerzeugungs- und Industrieunternehmen sind verpflichtet, Emissionszertifikate zu kaufen, die von den Unternehmen an Energiebörsen frei handelbar sind und deren Anzahl in zeitlichen Abständen von der EU-Kommission reduziert wird. Aktuell bezahlt ein Unternehmen, das mit fossilen Brennstoffen Strom erzeugt, etwa 30 Euro pro ausgestoßener Tonne Kohlenstoffdioxid[3]. Da davon auszugehen ist, dass die Verknappung der Emissionsrechte zu höheren Preisen führt, entsteht der Anreiz für Stromerzeuger, zunehmend auf klimaschonende Anlagen umzusteigen.*

Im Jahr 2019 war die Wirkung, die Anzahl der Zertifikate zu reduzieren, deutlich spürbar. Durch einen Preisanstieg auf mehr als 25 Euro pro Tonne CO_2 wurde der Betrieb von

[2] Vgl. https://germanwatch.org/de/overshoot [abgerufen am 02. Januar 2021]
[3] Vgl. https://ember-climate.org/data/carbon-price-viewer/ [abgerufen am 02. Januar 2021]

Kohlekraftwerken häufig teurer als der von emissionsärmeren Gaskraftwerken und es kam es zu einer spürbaren Reduzierung der CO_2-Emissionen in Deutschland.[4]

Ziel des Emissionsrechtehandels ist die kontinuierliche Reduzierung des CO_2-Ausstosses bis auf null, indem durch Verknappung und Verteuerung der Emissionsrechte der Einsatz fossiler Energieträger immer unrentabler wird. Schließlich sollen nur noch emissionsfreie Anlagen elektrische Energie erzeugen.

Wohlstand und Lebensqualität werden in Geld gemessen

Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes wird an dessen Wirtschaftswachstum gemessen (dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Zeitvergleich). Das BIP ist zur entscheidenden Messgröße des Wohlstandes der Bevölkerung geworden, an dem sich fast alle politischen Handlungen orientieren.

Folgt man dieser Logik der Wohlstandsmessung, so ist ein wachsendes BIP immer gleichbedeutend mit größerem Wohlstand. Da es eine reine Geldgröße ist, spielen qualitative Kriterien dabei keine Rolle. So gibt es weder Aufschluss über die Verteilung der erzielten Wirtschaftsleistung noch über die sozialen und ökologischen Bedingungen für dessen Zustandekommen.

Zwei kleine Beispiele:

Baut man ein Kohlekraftwerk für 5 Mrd. Euro, wird dasselbe Wirtschaftswachstum verursacht wie durch die Investition in Solardächer oder Windräder für dieselbe Summe.

In der Logik des BIP verursachen beide Investitionen denselben Gewinn an Lebensqualität und Wohlstand.

In der Landwirtschaft wird nur der Ernteertrag als Geldgröße erfasst. Wenn ein Bauer die Ökosysteme schont, dann nimmt er einen geringeren Ertrag in Kauf. Er sorgt zwar für den Erhalt artenreicher Böden, in denen Wasser und Kohlenstoff gespeichert wird, aber diese Steigerung der Lebensqualität wird im BIP nicht honoriert.

In der Logik des BIP wird durch konventionellen Landbau die Lebensqualität stärker gesteigert als durch einen ökologisch orientierten.

Deshalb ist es wichtig, ein Messsystem zu etablieren, das einen umfassenderen Blick auf den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen eines Landes ermöglicht und den wirklichen Wert und die Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung abbildet, damit Nachhaltigkeit zur Richtschnur für politisches Handeln wird.

Fazit

Für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität sind wir angewiesen auf ein starkes Wirtschaftssystem - für sichere Arbeitsplätze und ein funktionierendes Sozialsystem.

Aber eine starke Wirtschaft kann immer nur eine nachhaltige Wirtschaft sein!!

---

[4] Vgl. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bilanz-umweltbundesamt-1730880 [abgerufen am 02. Januar 2021]

Unsere Forderungen

Um unsere Produktions-, Verteilungs- und Konsumweisen neu auszurichten, halten wir u.a. folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Erneuerbare Energien sind wesentlicher Bestandteil der Transformation unserer Wirtschaft. Sie sind die Basis für Klimaneutralität im Hinblick auf Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, Transport, Industrie und den Gebäudesektor.
- Um die absehbar steigende Stromnutzung in Industrie, Elektromobilität oder für Wärmepumpen sowie im Kontext der Wasserstoffstoffstrategie gewährleisten zu können, muss der Ausbau schneller und umfangreicher als bisher erfolgen.[5]
- Zur Bekämpfung des Klimawandels ist die Bepreisung von CO2-Emissionen ein geeignetes Mittel. Die seit Anfang 2021 gültige CO2-Abgabe ist allerdings zu gering und muss angepasst werden.[6] Dann kann eine Lenkungswirkung erzielt werden, durch die klimaschonendes Verhalten belohnt und klimaschädigendes sanktioniert wird.
- Für die Erhebung des Wohlstandes und der Lebensqualität müssen neben ökonomischen Aspekten auch soziale, ökologische und fiskalische Nachhaltigkeit berücksichtigt werden, wie z.B. durch das neue „Magische Viereck".[7]
- Die Kreislaufwirtschaft muss gestärkt werden, indem Wirtschaftskreislaufe natürlichen Kreislaufen angepasst werden. Ressourcen dürfen nicht einfach gewonnen, verarbeitet und am Ende entsorgt werden. Vielmehr sind sie immer wieder der Nutzung zuzuführen, wobei die nötige Energie dafür aus erneuerbaren Quellen stammt.
- Der regionalen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen sowie deren Konsum und Inanspruchnahme muss stärke Bedeutung zukommen. Durch regionale Wertschöpfung und Vermarktung werden Arbeitsplätze vor Ort erhalten und geschaffen.
- Weite Transportwege für Güter können ebenso reduziert werden wie lange Fahrten zum Arbeitsplatz. Durch diese Re-Regionalisierung der Wirtschaft und eine bessere lokale Infrastruktur wird erreicht, dass der noch verbleibende Verkehr vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel, Radfahren und Zufußgehen verlagert wird.
- Bei der Planung von Verkehrsprojekten sowie der Ausweisung von Wohn- und Industriegebieten ist der knappen Ressource Boden in besonderer Weise Rechnung zu tragen.
- Lebensmittelverschwendung und Überkonsum müssen drastisch reduziert und Ernährungsweisen jenseits des übermäßigen Fleischkonsums erreicht werden.

---

[5] vgl.: https://www.dena.de/newsroom/meldungen/dena-empfiehlt-vier-kriterien-bei-der-ausgestaltung-des-eeg/ [abgerufen am 04. Januar 2021]

[6] Verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute schlagen einen deutlich höheren CO_2-Preis vor, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/CO2-Preis#cite_note-8 [abgerufen am 04. Januar 2021]. Das Bundesumweltamt beziffert den Schaden pro ausgestoßener Tonne CO_2 auf ca. 180 Euro, vgl. Felix Poetschke: *Hohe Kosten durch unterlassenen Umweltschutz*. In: *Umweltbundesamt*. 20. November 2018 (umweltbundesamt.de [abgerufen am 02. Januar 2021])

[7] Vgl.: https://www.fes.de/e/das-neue-magische-viereck-im-realitaetscheck [abgerufen am 04. Januar 2021]

Unsere Forderungen für Hildesheim

Speziell für Hildesheim (den Landkreis sowie die einzelnen Kommunen) fordern wir folgende Maßnahmen, damit in der Stadt wie auf dem Land gleiche und sozial gerechte Bedingungen für alle herrschen:

- Neben einer höheren ÖPNV-Dichte benötigen wir im ländlichen Raum eine bessere Verteilung von Einkaufsmöglichkeiten (insbesondere des täglichen Bedarfs!) in der Fläche! Damit wird der motorisierte Massenindividualverkehr (meist mit dem Auto) eingeschränkt, da man nicht mehr zu einem weit entfernten großen Einkaufscenter mit vielen Supermärkten fahren muss, sondern nur noch den Weg zum lokalen Versorger vor bzw. besser im Ort (unmotorisiert) getätigt werden kann. Anstelle von der Zentralisierung von Supermärkten an einem Ort (Bad Salzdetfurth, Südteil) sollen zukünftig die Standorte dezentralisiert und in der Fläche verteilt werden. Um dies zu verwirklichen muss, das Raumordnungskonzept des Landkreises und der Kommunen angepasst werden, sodass zukünftig Bauanträge für Supermärkte u. ä. nur noch genehmigt werden, wenn sie dezentral die Nahversorgung und damit kurze Wege für die Verbraucher_innen sicherstellen. Auch die Arbeitswege für Mitarbeiter_innen der Geschäfte verkürzen sich so.
- Um lange Transportwege für Lebensmittel zukünftig zu reduzieren und zu vermeiden, müssen lokale Produzent_innen von (qualitativen und biologisch-ökologischen) Lebensmitteln im Landkreis und Umland unterstützt werden. Die bereits vorhandene Unterstützung des „Hi-Land“-Labels durch den Landkreis ist dafür ein erster Schritt, andere Initiativen sollten entwickelt werden bzw. bestärkt werden (bspw. Unverpackt-Läden, Hofläden, etc.).
- Aufklärungskampagne Fleischherkunft und Lebensmittelverschwendung (Stadt und Land) an Schulen, KiTas, Erwachsenenbildung, etc.
- Für alle Bürger_innen muss ein äußerst schneller Ausbau des und ein für alle bezahlbarer Anschluss an das Telekommunikationsnetz(es) (inklusive Breitbandausbau/5G) innerhalb des Landkreises erfolgen, insbesondere zum Anschluss des ländlichen Raums. Dabei muss, entgegen der Aussage der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek[8], jeder Stadtteil, jedes Dorf, alle Haushalte und Gewerbe im Landkreis Hildesheim und jede Milchkanne angeschlossen werden. Dadurch können alle Menschen auf dem Land von zuhause im Homeoffice arbeiten und müssen nicht mehr (meist mit dem Auto) zum Arbeitsplatz fahren. Dies spart CO_2 und Zeit, belebt somit den ländlichen Raum wieder, und unterstützt (Solo-)Selbstständige, darunter auch viele Künstler_innen, die auf dem Land günstigere Mieten finden. Durch die flächendeckende Versorgung wird zusätzlich die notwendige Voraussetzung für das SmartGrid der Energieversorgung bereitgestellt.

[8] Vgl. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/anja-karliczek-bremst-beim-netzausbau-5g-nicht-an-jeder-milchkanne-notwendig-a-450a7e4e-3e18-49d3-8132-c87b71c9b295 [abgerufen am 08. Januar 2021]

Eine infrastrukturelle Gleichstellung des ländlichen Raums im Hildesheimer Landkreis, wie sie oben beschrieben ist, beugt zugleich der Landflucht vor und reduziert den Druck auf die Städte. Zudem benötigen wir den schnellen und umfangreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien im Landkreis Hildesheim, den wir im Folgenden gesondert betrachten.

Ausbau der Erneuerbaren Energien im Landkreis Hildesheim

Um dem Klimawandel wirkungsvoll entgegenzuwirken muss das Energiesystem der Zukunft nachhaltig ausgerichtet werden. Es dürfen nur CO2 freie nachhaltige Techniken zum Einsatz kommen. Zusätzlich muss das neue Energiesystem lokal und dezentral ausgerichtet sein und die Bedürfnisse nach bezahlbarer erneuerbarer Energie für alle müssen erfüllt werden. Dabei können die erneuerbaren Energien auch zusätzlich Arbeit und Einkommen in der Fläche sichern. Bei einer dezentralen lokalen Energiewirtschaft verbleiben auch die Finanzmittel durch die Steuereinnahmen, die Gewinne aus den Anlagen und die Löhne der lokalen Handwerker zum Wohl aller vor Ort.

Daher müssen die Erneuerbaren massiv im Landkreis Hildesheim ausgebaut werden!!

Die Politik kann einerseits die Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen durch schnellere und einfachere Genehmigungsverfahren aktiv unterstützen und anderseits muss die Nutzung der erneuerbaren Energien in den Betrieben der öffentlichen Hand ausgeweitet werden. Jede Photovoltaik- und Windkraftanlage sichert die Zukunft der Gemeinden durch nachhaltige und langfristige Erträge sowie Kosten- und CO2 Einsparungen.

Deshalb fordern wir:

- Es sollen alle Möglichkeiten der Unterstützung zum Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen müssen PV-Anlagen ermöglicht und gegebenenfalls sogar vorgeschrieben werden. (In einigen Bundesländern ist dies bereits eingeführt worden.)
- Die Kommunen sollen Ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und die eigenen Gebäude schnellstmöglich mit PV-Anlagen versehen. Alle öffentlichen Liegenschaften (Dächer, Freiflächen, usw.) müssen für Erneuerbare Energieanlagen genutzt werden. Dabei muss bei neuen Anlagen die Nutzung für den Eigenverbrauch der Energie in den eigenen Liegenschaften Vorrang erlangen. Die Einbeziehung der Bürger_innen über z.B. Bürger_innenenergiegenossenschaften soll dabei gefördert werden.
- Bei Ausbau und Repowering von Windkraftanlagen müssen gemeinsam mit den Umweltverbänden alle Möglichkeiten geprüft werden.
- Neue Entwicklungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum bietet die Agri-PV, bei der auf derselben Fläche Ackerbau und Energiewirtschaft betrieben werden kann. Dabei wird nur ca. 1% der Fläche bebaut mit Technik und 99% werden weiter landwirtschaftlich bewirtschaftet. Insgesamt werden damit Flächennutzungsgrade von 160% möglich. Damit ist dies die erste Lösung, die Landfläche schaffen kann. Der Anbau von Energiemais kann weitgehend durch diese Art der Bewirtschaftung ersetzt werden. Die Landwirt_innen erhalten durch die Einnahmen aus den Energieerträgen eine sichere Existenzgrundlage und die Natur wird durch die unter den Modulreihen möglichen Blühstreifen geschützt bzw. gefördert. Diese (relativ) neue Möglichkeit soll genutzt werden, um den ländlichen Raum zu stärken.

Die Kommunen, der Landkreis, Landwirt_innen und alle Einwohner_innen können durch den Wechsel auf Erneuerbare Energien nicht nur einen Beitrag zur CO_2 Reduktion leisten, sondern sichern auch langfristig Einnahmequellen vor Ort.